

**Der geteilte Liberalismus**

Eine Dokumentation des Beitrags  
von Dr. Thomas Petersen  
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung  
Nr. 21 vom 25. Januar 2012

## INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 21 vom 25. Januar 2012, S. 5, unter dem Titel:

"Der geteilte Liberalismus.  
Viele halten sich für liberal, aber der Wirtschaftsliberalismus, der als Markenzeichen der FDP gilt, ist weitgehend unbeliebt. Darin gründet der Niedergang der Partei."

## TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	'Liberal' klingt für die meisten positiv
	A	2	Viele bezeichnen sich selbst als 'liberal'
	A	3	'Liberal' spricht eher für eine Partei
	A	4	Als 'liberal' gilt vor allem die FDP
	A	5	Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit
		B	1
Schaubild		1	Anhänger aller Parteien beschreiben sich selbst als 'liberal'
		2	Vorstellungen von einer 'liberalen Partei' und von der FDP im Vergleich

**Originalmanuskript**

Dr. Thomas Petersen

Institut für Demoskopie Allensbach

## Der geteilte Liberalismus

„Nicht nur Krisengewinnler“ lautete der Titel des Allensbacher Monatsberichts vom März 2009 in dieser Zeitung, in dem der FDP sehr günstige Zukunftsaussichten zugeschrieben wurden. Seit vielen Monaten hatten die Allensbacher Repräsentativumfragen für die Liberalen Werte weit oberhalb der Zehn-Prozent-Marke in der Zweitstimmen-Wahlabsicht ausgewiesen. Darüber hinaus ließ sich zeigen, dass das gesellschaftliche Klima seit etwa einem Jahrzehnt für eine liberale Partei zunehmend günstig zu sein schien. So war beispielsweise seit Mitte der 1990er Jahre der Anteil derjenigen an der Bevölkerung deutlich gewachsen, die die Ansicht vertraten, jeder Mensch sei „seines Glückes Schmied“, die meisten Bürger seien also fähig, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und erfolgreich zu gestalten - eine Annahme, die letztlich jedem liberalen Denken zugrunde liegt. Viele andere Einzelbefunde deuteten in die gleiche Richtung: Die Zeiten, in denen die FDP in ihrer Existenz bedroht war, schienen vorbei, ein für die Partei gefährlicher Absturz in der Wählergunst kaum vorstellbar.

Und doch stürzte die FDP binnen weniger Monate nach dem größten Wahlerfolg ihrer Geschichte in eine tiefe Existenzkrise. Sicherlich lassen sich einfache politische Erklärungen für diese Entwicklung finden: öffentliche Auseinandersetzungen in der Bundespolitik, Personalentscheidungen, parteiinterne und koalitionsinterne Konflikte. Auch der unmittelbar nach der Bundestagswahl einsetzende außerordentlich heftige publizistische Gegenwind dürfte eine wesentliche Rolle gespielt haben: Nach den Analysen des Zürcher Media-Tenor-Instituts halbierte sich der Anteil der positiven Bewertungen der FDP in der Berichterstattung der führenden deutschen Nachrichtenmedien in der Zeit von September auf Oktober 2009, also bereits bevor die neue Regierung überhaupt im Amt war, und ging in den kommenden Monaten noch weiter zurück. Ab dem Herbst 2009 war die FDP dauerhaft die in der Berichterstattung mit Abstand am negativsten bewertete Partei.

Und dennoch drängt sich die Frage auf, ob nicht doch mehr hinter dem Niedergang der FDP steckt als tagespolitische Gründe. Könnte es sein, dass die Analyse vom Frühjahr 2009 falsch war? Dass vielleicht, anders als damals angenommen, die Fundamente des Liberalismus in Deutschland bröckeln? Dieser Frage ist das Institut für Demoskopie Allensbach in seiner jüngsten Repräsentativumfrage im Auftrag

dieser Zeitung nachgegangen.

Das Etikett „liberal“ hat in Deutschland nach wie vor einen guten Klang. Auf die Frage „Wenn Sie den Begriff ‚liberal‘ hören, verbinden Sie damit eher etwas Positives oder etwas Negatives?“ antworten heute 54 Prozent der Deutschen, sie verbänden mit dem Begriff etwas Positives. Nur 16 Prozent empfinden ihn als negativ. 47 Prozent der Bevölkerung sagen außerdem, sie würden sich selbst als liberal bezeichnen, nur 24 Prozent bezeichnen sich ausdrücklich als nicht liberal. Diese Zahlen entsprechen fast exakt denen vom März 2009. Bemerkenswert ist dabei, wie sehr sich das Bekenntnis zum Liberalismus durch das gesamte politische Spektrum zieht. Wie man erwarten kann, stufen sich fast alle FDP-Wähler, 93 Prozent, als liberal ein. Aber auch 60 Prozent der Wähler der Grünen und jeweils rund 50 Prozent der CDU/CSU- und SPD-Wähler bezeichnen sich selbst als liberal. Selbst unter den Wählern der Linken geben 40 Prozent diese Antwort.

Tabelle A 1

Tabelle A 2

Schaubild 1

Folgerichtig antwortet auch eine - wenn auch in letzter Zeit etwas knapper gewordene - Mehrheit auf die Frage „Wenn man von einer Partei sagt, sie ist liberal - spricht das eigentlich eher für oder eher gegen diese Partei?“ mit „Es spricht für sie.“ Im Januar 2012 geben 49 Prozent diese Antwort. In den Jahren 1986

bis 2009 schwankte der Wert um die 60 Prozent, er war im Februar 2010 mit 42 Prozent aber auch schon deutlich niedriger als heute. Der Anteil derjenigen, die sagen, es spreche gegen eine Partei, wenn man sie als liberal bezeichnet, stieg zu keinem Zeitpunkt auf über 18 Prozent, zurzeit liegt er bei 10 Prozent.

Tabelle A 3

Nach wie vor denken die Deutschen vor allem an die FDP, wenn von einer liberalen Partei die Rede ist. Bei der Frage „Welche Partei bzw. welche Parteien würden Sie als liberal bezeichnen?“ verweisen 47 Prozent auf die FDP. Erst mit großem Abstand, genannt von 11 Prozent, folgen die Grünen, danach CDU/CSU und SPD mit jeweils 9 und die Piratenpartei mit 8 Prozent. Angesichts dieser Ergebnisse könnte man annehmen, dass das gesellschaftliche Klima abseits der tagespolitischen Auseinandersetzungen für die FDP eigentlich nach wie vor günstig sein müsste. Doch der Umstand, dass sich auch die Anhänger der meisten anderen Parteien mehrheitlich als liberal bezeichnen, legt die Frage nahe, wie viel die Vorstellungen der Bevölkerung von liberaler Politik noch mit klassischen liberalen Prinzipien zu tun haben, und in welchem Maße diese Vorstellungen noch mit der FDP in Verbindung gebracht werden.

Tabelle A 4

Hier zeigt sich, dass sich die Vorstellungen der Deutschen von Liberalität von ihrem Bild



der FDP unterscheiden. Auf die Frage „Wofür steht die FDP, wofür setzt sich die FDP besonders ein?“ antworten 39 Prozent, die Partei setze sich für möglichst wenig staatliche Eingriffe in die Wirtschaft ein. 34 Prozent sagen, die FDP wolle möglichst wenige staatliche Vorschriften und eine möglichst große Freiheit der Bürger. Jeweils 30 Prozent meinen, die Partei sei für mehr Eigenverantwortung und dafür, dass die Belastungen der Bürger durch Steuern und Abgaben sinken. Alle diese politischen Ziele kann man als liberal bezeichnen. Bemerkenswert ist aber, welche Punkte der Partei nur von einer kleinen Minderheit der Bevölkerung zugeordnet werden: Dass die FDP sich für den Abbau von Subventionen einsetzt, meinen nur 14 Prozent der Deutschen, dass sie sich um den Abbau von Staatsschulden bemüht, 13 Prozent, und nur 6 Prozent sind der Ansicht, die FDP setze sich besonders für Minderheiten ein. Aus Sicht der Bevölkerung ist die FDP also eine wirtschaftsfreundliche Partei, die sich auf das Thema Steuersenkungen konzentriert. Andere Aspekte des Liberalismus werden ihr weit weniger häufig zugeordnet.

Tabelle A 5

Umgekehrt haben sich die Vorstellungen der Bevölkerung, welche politischen Ziele denn als liberal bezeichnet werden können, teilweise von den Prinzipien des Liberalismus entfernt. Dies zeigen die Antworten auf die Frage „Was verstehen Sie unter einer liberalen Par-

tei, wofür sollte sich eine liberale Partei Ihrer Meinung nach unbedingt einsetzen?“ Dazu wurden die gleichen Antwortmöglichkeiten vorgelegt, die auch bei der eben beschriebenen Frage nach den Zielen der FDP zur Auswahl standen. 53 Prozent der Befragten sagten, eine liberale Partei solle sich dafür einsetzen, dass es möglichst wenig staatliche Vorschriften und eine möglichst große Freiheit der Bürger gebe. Dieser Punkt wurde auch der FDP häufig zugeordnet. Doch schon an zweiter Stelle folgte die Aussage, eine liberale Partei müsse sich darum kümmern, die Unterschiede zwischen Arm und Reich abzubauen. Zu den häufiger genannten Punkten gehörten auch „Einführung von Mindestlöhnen für alle Branchen“ (32 Prozent) und „Dass junge Familien mit Kindern vom Staat besser gefördert werden“ (31 Prozent). Diese politischen Ziele ordneten nur wenige Befragte der FDP zu, und sie wurden deutlich häufiger als wichtiges Ziel liberaler Politik genannt als die klassische liberale Forderung nach mehr Eigenverantwortung der Bürger (26 Prozent).

Schaubild 2

Anscheinend ist es der FDP in den letzten Jahren nicht gelungen, der Bevölkerung den Eindruck zu vermitteln, dass sie die Weltanschauung des Liberalismus in ihrer ganzen Breite vertritt. Und mehr noch: Sie hat es zugelassen, dass Teile des Begriffes mit Inhalten ausgefüllt wurden, die mit liberalen Prinzipien nicht in Einklang zu bringen sind und die die Bevöl-

kerung nicht mit der Partei in Verbindung bringt.

Geblieden ist der FDP der Ruf, die Freiheit der Wirtschaft zu verteidigen. Doch eben dies stößt bei der Bevölkerung auf wachsendes Misstrauen. Das zeigen die Antworten auf eine Dialogfrage, bei der die Interviewer den Befragten ein Bildblatt überreichten, das zwei Personen im Schattenriss zeigte. Jeder der abgebildeten Figuren war, wie in einem Comic, eine Sprechblase zugeordnet. Die erste Figur sagte: „Die freie Marktwirtschaft macht soziale Gerechtigkeit erst möglich. Ein Staat braucht viel Geld, um Arme und soziale Schwache zu unterstützen, und dieses Geld hat er nur in einer gut funktionierenden Marktwirtschaft zur Verfügung.“ Die Gegenposition lautete: „Das sehe ich anders. Die freie Marktwirtschaft führt automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit. Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer.“ Die Frage zu diesem Bildblatt lautete: „Wer von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“ Im Jahr 2003 stimmten noch 48 Prozent der Deutschen der ersten und 34 Prozent der zweiten Meinung zu. Die Mehrheit bekannte sich also zum Prinzip der Marktwirtschaft. Acht Jahre später hatten sich die Mehrheiten umgekehrt. Nun, im August 2011, sagten nur noch 39 Prozent, die Marktwirtschaft mache soziale Gerechtigkeit erst möglich, während eine relative Mehrheit von 44 Prozent die Auffassung vertrat,

Tabelle A 6

eine freie Wirtschaft führe automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit.

Betrachtet man alle diese Befunde gemeinsam, so gewinnt man den Eindruck, dass sich der Begriff des Liberalismus allmählich zerteilt. Er wird teilweise mit neuen Bedeutungen aufgeladen, die mit dem traditionellen Begriffsverständnis nicht mehr viel zu tun haben. Der FDP entgleiten die von der Bevölkerung als positiv empfundenen Aspekte des Liberalismus, während allein der in der öffentlichen Diskussion zunehmend diskreditierte Wirtschaftsliberalismus bei ihr verbleibt. Es wird für die Zukunft der FDP von entscheidender Bedeutung sein, ob es ihr gelingt, die Deutungshoheit über ihre eigenen Schlüsselbegriffe zurückzuerobern und der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, dass sich wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheit nicht voneinander trennen lassen.

## **Anhangtabellen**

'Liberal' klingt für die meisten positiv

Tabelle A 1  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie den Begriff 'liberal' hören, verbinden Sie damit eher etwas Positives oder etwas Negatives?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Etwas Positives .....	54
Etwas Negatives .....	16
Weiß nicht, keine Angabe .....	30
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10085, Januar 2012

Viele bezeichnen sich selbst als 'liberal'

Tabelle A 2  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Würden Sie sich selbst als liberal bezeichnen, oder würden Sie das nicht sagen?"

	Bevölkerung insgesamt	
	März 2009	Januar 2012
	%	%
Als liberal bezeichnen.....	45	47
Würde das nicht sagen .....	25	24
Unentschieden, keine Angabe.....	30	29
	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10035, 10085

'Liberal' spricht eher für eine Partei

Tabelle A 3  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn man von einer Partei sagt, sie ist 'liberal' - spricht das eher für oder eher gegen diese Partei?"

Bevölkerung insgesamt

---

	Spricht für die Partei	Dagegen	Unentschieden
	%	%	%
1996, September .....	59	12	29
1998, Okt./Nov. ....	63	7	30
2005, Mai/Juni.....	62	7	31
2009, März .....	55	10	35
2009, September .....	50	12	38
2010, Februar .....	42	17	41
2011, Juni .....	43	11	46
2012, Januar .....	49	11	40

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6035, 6070, 7071, 10035, 10043, 10050, 10074, 10085



Als 'liberal' gilt vor allem die FDP

Tabelle A 4  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Man sagt ja manchmal, dass eine Partei liberal ist. Welche Partei bzw. welche Parteien würden Sie als liberal bezeichnen?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
FDP .....	47
Bündnis 90/Die Grünen.....	11
CDU/CSU.....	9
SPD.....	9
Piratenpartei.....	8
Die Linke .....	4
Andere Partei.....	1
Keine Partei .....	19
Unentschieden, keine Angabe .....	19

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10085, Januar 2012

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei über Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit. Wer von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"  
(Bildblattvorlage)

	Bevölkerung insgesamt	
	Okt./Nov. 2003	August 2011
	%	%
"Die freie Marktwirtschaft macht soziale Gerechtigkeit erst möglich. Ein Staat braucht viel Geld, um Arme und sozial Schwache zu unterstützen, und dieses Geld hat er nur in einer gut funktionierenden Marktwirtschaft zur Verfügung.".....	48	39
"Das sehe ich anders. Die freie Marktwirtschaft führt automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit. Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer.".....	34	44
Unentschieden, keine Angabe .....	18	17
	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7049, 10077

Zweitstimmen-Wahlabsicht Gesamtdeutschland  
Allensbacher Berichterstattung für die  
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Tabelle B 1a  
Gesamtdeutschland  
Wahlberechtigte Bevölkerung  
mit konkreter Parteiangabe

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

	CDU/CSU	FDP	SPD	Bündnis Grüne	90/ LINKE	Piraten- partei	Sonstige
	%	%	%	%	%	%	%
<b>Bundestagswahl (Zweitstimmen)</b>							
27.9.2009 .....	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: 1.Halbjahr.....	34,5	9,5	26,5	13,5	10,5	-	5,5
2.Halbjahr.....	32,0	6,0	29,5	18,0	9,0	-	5,5
Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: 7.-21.Januar.....	34,5	5,5	27,5	18,0	8,5	-	6,0
4.-17.Februar.....	36,0	6,5	28,5	16,5	7,5	-	5,0
26.Feb.-13.März....	36,5	6,5	29,0	15,0	8,0	-	5,0
1.-16.April.....	32,0	5,0	28,0	23,0	7,0	-	5,0
2.-14.Mai.....	33,0	5,5	27,0	22,0	6,5	-	6,0
9.-22.Mai.....	34,0	4,5	27,5	21,0	7,0	-	6,0
23.Mai-6.Juni.....	32,0	5,0	29,0	20,0	7,5	-	6,5
3.-18.Juni.....	34,5	4,5	27,5	21,0	7,0	-	5,5
2.-15.Juli.....	34,0	5,5	27,0	20,0	7,5	-	6,0
30.Juli-13.Aug....	33,0	4,5	29,0	20,0	7,5	-	6,0
12.-27.August.....	32,0	5,0	29,5	20,0	7,5	-	6,0
2.-16.September....	33,5	5,0	28,5	19,0	8,0	-	6,0
16.-30.September..	32,0	4,5	30,0	19,0	7,5	-	7,0
4.-16.Oktober.....	31,0	4,5	30,5	17,5	7,5	5,5	3,5
28.Okt.-11.Nov....	32,0	4,5	30,0	17,0	8,0	4,5	4,0
21.Nov.-4.Dez.....	34,0	4,0	30,0	16,0	7,0	5,0	4,0
2012: 7.-21.Januar.....	35,0	4,0	29,0	16,5	7,0	4,0	4,5

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie Allensbach

Zweitstimmen-Wahlabsicht Gesamtdeutschland  
Allensbacher Berichterstattung für die  
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Tabelle B 1b  
 Westdeutschland  
 Wahlberechtigte Bevölkerung  
 mit konkreter Parteiangabe

Zweitstimmen

Westdeutschland

	CDU/CSU	FDP	SPD	Bündnis 90/ Grüne	DIE LINKE	Piraten- partei	Sonstige
	%	%	%	%	%	%	%
<b>Bundestagswahl (Zweitstimmen)</b>							
27.9.2009 .....	34,7	15,4	24,2	11,5	8,3	-	5,9
2009: Jahresdurchschnitt	37,0	14,5	25,0	12,5	7,0	-	4,0
2010: 1.Halbjahr .....	35,5	10,0	28,0	14,5	6,5	-	5,5
2.Halbjahr .....	33,0	6,5	30,5	20,0	5,0	-	5,0
Jahresdurchschnitt	34,0	8,0	29,0	17,5	6,0	-	5,5
2011: 7.-21.Januar .....	36,0	5,5	28,5	19,5	4,5	-	6,0
4.-17.Februar .....	37,5	6,5	29,5	17,5	4,0	-	5,0
26.Feb.-13.März ...	38,0	6,5	29,5	16,0	5,0	-	5,0
1.-16.April .....	33,0	5,0	28,5	24,5	4,0	-	5,0
2.-14.Mai .....	34,0	5,5	27,5	24,0	3,5	-	5,5
9.-22.Mai .....	35,0	4,5	28,0	23,0	4,0	-	5,5
23.Mai-6.Juni .....	33,0	5,0	29,5	21,5	4,5	-	6,5
3.-18.Juni .....	35,5	4,5	28,0	23,0	4,0	-	5,0
2.-15.Juli .....	35,5	5,5	27,5	21,5	4,0	-	6,0
30.Juli-13.Aug. ...	34,0	4,5	29,5	21,5	4,5	-	6,0
12.-27.August .....	33,0	5,0	30,0	21,5	4,5	-	6,0
2.-16.September ...	34,5	5,5	29,0	20,5	5,0	-	5,5
16.-30.September ..	33,0	4,5	30,5	20,5	4,5	-	7,0
4.-16.Oktober .....	31,5	5,0	31,0	19,5	4,5	5,5	3,0
28.Okt.-11.Nov. ...	33,5	4,5	30,5	18,5	4,5	4,5	4,0
21.Nov.-4.Dez. ....	35,0	4,0	30,5	17,5	4,0	5,0	4,0
2012: 7.-21.Januar .....	36,0	4,0	29,5	18,0	4,0	4,0	4,5

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie Allensbach

Zweitstimmen-Wahlabsicht Gesamtdeutschland  
Allensbacher Berichterstattung für die  
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Tabelle B 1c  
 Ostdeutschland  
 Wahlberechtigte Bevölkerung  
 mit konkreter Parteiangabe

Zweitstimmen

Ostdeutschland

	CDU/CSU	FDP	SPD	Bündnis Grüne	90/ LINKE	DIE Piraten- partei	Sonstige
	%	%	%	%	%	%	%
<b>Bundestagswahl (Zweitstimmen)</b>							
27.9.2009 .....	29,8	10,6	17,9	6,8	28,6	-	6,3
2009: Jahresdurchschnitt	29,0	10,0	21,0	7,5	27,0	-	5,5
2010: 1.Halbjahr .....	29,0	7,5	21,5	8,5	28,0	-	5,5
2.Halbjahr .....	27,0	5,0	25,0	12,0	25,0	-	6,0
Jahresdurchschnitt	28,0	6,0	23,5	10,5	26,0	-	6,0
2011: 7.-21.Januar .....	27,0	5,0	24,0	11,5	26,5	-	6,0
4.-17.Februar .....	28,5	5,5	24,5	12,0	24,0	-	5,5
26.Feb.-13.März .....	29,0	6,0	25,5	11,0	23,0	-	5,5
1.-16.April .....	28,5	4,5	25,0	14,5	22,0	-	5,5
2.-14.Mai .....	29,0	4,5	25,5	13,5	20,5	-	7,0
9.-22.Mai .....	28,5	4,0	26,5	13,0	21,0	-	7,0
23.Mai-6.Juni .....	27,0	4,5	27,0	12,5	22,0	-	7,0
3.-18.Juni .....	29,0	4,0	25,0	13,0	22,0	-	7,0
2.-15.Juli .....	28,0	4,5	26,0	13,0	22,0	-	6,5
30.Juli-13.Aug. ....	29,0	4,0	25,5	13,0	22,0	-	6,5
12.-27.August .....	28,5	4,0	27,0	12,5	21,0	-	7,0
2.-16.September ....	29,5	3,5	26,5	12,0	22,0	-	6,5
16.-30.September ...	28,0	3,5	28,0	12,0	21,0	-	7,5
4.-16.Oktober .....	28,0	3,0	28,5	9,5	21,0	5,5	4,5
28.Okt.-11.Nov. ....	27,0	3,5	27,0	11,0	23,0	4,0	4,5
21.Nov.-4.Dez. ....	29,5	3,5	27,0	10,5	20,5	4,0	5,0
2012: 7.-21.Januar .....	29,5	3,5	28,0	9,5	21,0	4,0	4,5

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie Allensbach

## **Schaubilder**

# Anhänger aller Parteien beschreiben sich selbst als liberal

Frage: "Würden Sie sich selbst als liberal bezeichnen, oder würden Sie das nicht sagen?"

	Wähler von –				
	Bevölkerung insgesamt	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen Linke
	%	%	%	%	%
Würde mich als liberal bezeichnen	<b>47</b>	<b>50</b>	<b>49</b>	<b>93</b>	<b>40</b>
Würde das nicht sagen	<b>24</b>	<b>24</b>	<b>25</b>	<b>6</b>	<b>40</b>
Unentschieden/ Keine Angabe	<b>29</b>	<b>26</b>	<b>26</b>	<b>1</b>	<b>20</b>
	100	100	100	100	100

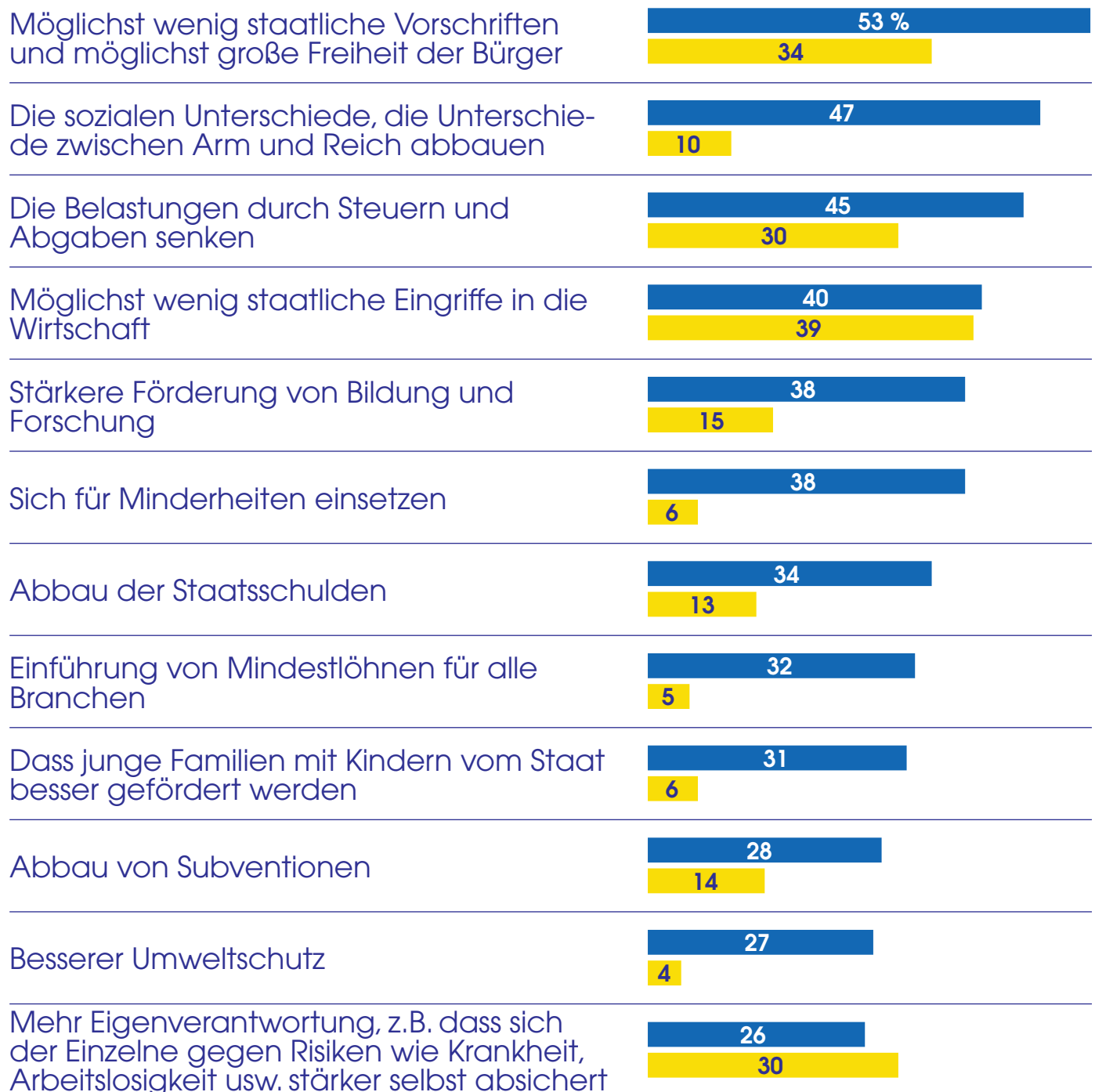
# Vorstellungen von einer 'liberalen Partei' und von der FDP im Vergleich

Fragen: "Was verstehen Sie unter einer liberalen Partei? Hier auf der Liste ist einiges aufgeschrieben. Wofür sollte sich eine liberale Partei Ihrer Meinung nach unbedingt einsetzen?" (Listenvorlage)

"Was meinen Sie: Wofür steht die FDP, wofür setzt sich die FDP besonders ein? Was von dieser Liste würden Sie nennen?" (Listenvorlage)

- Auszug aus den Angaben -

■ Dafür sollte sich eine liberale Partei einsetzen  
■ Dafür setzt sich die FDP ein





Veröffentlichung in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 21  
vom 25. Januar 2012, S. 5, unter dem Titel:

"Der geteilte Liberalismus.

Viele halten sich für liberal, aber der Wirtschafts-  
liberalismus, der als Markenzeichen der FDP  
gilt, ist weitgehend unbeliebt. Darin gründet der  
Niedergang der Partei."

